

Lärmschutz als konkrete Hilfe

BAHNAUSBAU Alle Parteien im Landtag für Investitionen in bestehende Strecke - CDU, SPD, FDP und Grüne räumen einer Trasse um Oldenburg kurzfristig keine Chance ein. Gefragt seien realistische Verbesserungen.

VON CHRISTOPH KIEFER

Der Stadtrat hat sich im vergangenen November für die Planung einer Bahntrasse östlich von Oldenburg ausgesprochen. Nur diese „große Lösung“ könne die Probleme durch steigenden Güterverkehr vom Jade-Weser-Port lösen, hieß es zur Begründung. Einen Ausbau der Bahnstrecke auf Oldenburger Stadtgebiet „zum Beispiel durch Lärmschutzwände“ hatte der Rat verworfen.

Auf Landesebene gibt es für diese Pläne wenig Unterstützung. Die Regierungsparteien SPD und Grüne halten ebenso wie CDU und FDP den Bau einer Umfahrung für keine kurzfristig mögliche Lösung. „Die Bahn-Umfahrung ist langfristig sinnvoll, lässt sich aber nicht von heute auf morgen machen“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. Er spricht von 10 bis 15 Jahren, „wahrscheinlich wesentlich länger“. Deshalb sei es sinnvoll, in Lärminderung entlang der bestehenden Strecke zu investieren. Damit würde Oldenburg seine Chancen für eine langfristige Lösung durch einen Trassenneubau nicht schmälern, glaubt Thümler.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr (Ganderkesee) meint, „bevor wir das ganz große Ding drehen, packen wir das an, was den Menschen konkret hilft“. Eine zeitnahe Lösung für die Bürger sei Lärmschutz an der Strecke.

Für die SPD betont Landesverkehrsminister Olaf Lies, er werde sich für eine zügige Ausbau-Planung einsetzen. „Nur so können wir den Schutz der Anlieger an der Strecke erreichen.“ Die Bahn lege die Pläne demnächst dem Eisenbahnbundesamt vor. Er rechne „abhängig von der Zahl der Einwendungen“ mit einer Dauer des Planfeststellungsverfahrens von bis zu zwei Jahren. Danach könnten der Streckenausbau „und Lärmschutz“ beginnen.

Grünen-Landeschef Jan Haude verwies auf den Koalitionsvertrag der Regierung, der eine „Priorität für Lärmschutz an der Schienenanbindung“ vorsehe. Fraglich sei, ob es dazu überhaupt „eine realistische Alternative“ gebe. Er nehme die Vorschläge für eine neue Trasse „sehr ernst“, so Haude. Allerdings seien die Pläne für einen Streckenausbau „weit fortgeschritten“.

Kommentar von CHRISTOPH KIEFER: Hannover muss ins Boot

Selten sind sich die Parteien im Landtag so einig wie in ihrer Skepsis gegenüber den Plänen für eine Bahntrasse um Oldenburg. Wer gehofft hatte, unter der rot-grünen Landesregierung erhalte die Stadt Verstärkung, wird enttäuscht. SPD-Verkehrsminister Lies hat sich festgelegt: Lärmschutz ja, Umgehung nein. Auch von den Landes-Grünen gibt es kein Bekenntnis zu den Trassenplänen.

Oldenburg kann vor dieser Positionierung nicht die Augen verschließen. Weder den Abgeordneten noch den örtlichen Parteigliederungen ist es gelungen, für die große Lösung „eine Umfahrung“ Unterstützung auf Landesebene zu finden. Für den Erfolg eines Projektes, über das in Berlin entschieden wird, ist Rückendeckung aus Hannover aber Voraussetzung.

NWZ vom 25. März 2013, Seite 37

Klaukien: Umgehung realistisch

BAHN Absage an Trasse löst unterschiedliche Reaktionen aus

VON CHRISTOPH KIEFER

/C - Die Absage der vier im Landtag vertretenen Parteien an einen raschen Bahntrassen-Neubau (**NWZ** vom Freitag) hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Neben Kritik an der Forderung nach einem Ausbau der Strecke durch Oldenburg als mittelfristig realistische Lösung, gab es Verständnis. Die Gruppe CDU/FW-BFO betont, es sei ärgerlich, dass sich Landesverkehrsminister Olaf Lies (SPD) „nicht einen Millimeter mit den guten Argumenten aus Oldenburg auseinandersetzt“. Die Gruppe sei weiterhin der Meinung, der Bau einer Umgehung sei in einem zeitlich vertretbaren Rahmen möglich, so Sprecher Olaf Klaukien. Wenn politische Unterstützung aus Hannover nicht möglich sei, bleibe die „fachliche und juristische Auseinandersetzung“.

Die Oldenburger Grünen-Landtagsabgeordnete Susanne Menge spricht von einem „unüberlegten Schnellschuss“ von Lies. Der Minister stoße angesichts der Abstimmung im Stadtrat und einer hohen Investition der Stadt in Planungskosten für eine Umfahrung „allen vor den Kopf“. Alle Bürger müssten in die Überlegungen für den neuen Bundesverkehrswegeplan einbezogen werden. SPD-Stadtverbandsvorsitzender Jürgen Krogmann zeigte sich „nicht überrascht“. Die geplanten Gespräche zwischen der neuen Landesregierung und den Bahnanliegern sollten trotzdem geführt werden. Auch die von der Stadt beschlossenen Gutachten zu möglichen Trassen-Verläufen sollten abgewartet werden. „Aber wir brauchen einen Plan B, wenn sich unsere Überlegungen zur Trasse nicht verwirklichen lassen.“ - OB Gerd Schwandner teilte mit, die Aussagen müssten politisch bewertet werden. Er selbst wolle nicht kommentieren. Aufgrund seiner Herkunft aus dem Friesland sei Lies aber „im Detail mit dem Thema vertraut“. Für die FDP/WFO ist die „Absage aus Hannover“ nicht überraschend. Die Stadt müsse sich nun auf das Machbare besinnen. Es dürfe kein Geld mehr für Trassen-Pläne ausgegeben werden.

NWZ vom 25. März 2013; Seite 37

Und das sagen die Bürgerinitiativen

An Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wollen sich die Bürgerinitiativen für die Bahn-Umfahrung über Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) beschweren. Der Regierungschef dürfe nicht zulassen, dass der Koalitionsvertrag auseinandergenommen wird, sagte der Sprecher der Interessengemeinschaft der Bürger/Bahnanlieger in Oldenburg, Christian Röhlig. Eine Option für die Umfahrung habe die alte Landesregierung bereits für den nächsten Bundesverkehrswegeplan vorgesehen.

In Sande, seinem Heimatort, habe Lies für eine Bahnumfahrung gekämpft. In Oldenburg seien viel mehr Menschen vom Güterverkehr betroffen, sagte Röhlig auch im Namen der Initiativen Lebensqualität an der Bahn (ILQ) und Lärmschutz im Verkehr (LiVe). Oldenburg dürfe beim Schutz vor Lärm und Gefahren nicht nachstehen.